

Ulrich becker
BERATUNG

„Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsradikalismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“

Präsentation von Befunde eines Expertenratings
für den Workshop „Dialogwerkstatt Demokratie leben!“

Berlin, 10. Dezember 2014

Zum Geleit

- **Manuela Schwesig:**

„Ich will im Bereich Rechtsextremismusprävention und Demokratieentwicklung einen Neuanfang.“

„Denn Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind Gift für unsere Demokratie und Gift für unser Land.“

Demokratie leben!

- Unser Gemeinwesen vor Rechtsextremismus, Gewalt und Inhumanität zu schützen, ist **ein zentrales politisches Anliegen**, das die zuständige Ministerin, Manuela Schwesig, zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit in der laufenden Legislatur machen will.
- In den zurückliegenden Monaten wurde ein detailreiches Konzept für ein entsprechendes **Bundesprogramm mit dem programmatischen Titel „Demokratie leben!“** erarbeitet.
- Das zunächst mit 30,5 Millionen Euro ausgestattete Programm, wurde kürzlich aus **aktuellem Anlass um 10 Millionen Euro aufgestockt**, um die gesellschaftspolitische Bedeutung einer umfassenden Extremismusprävention zu bekräftigen.

Vertrauen im Dialog aufbauen

- Als **Ministerin Schwesig** im Sommer diesen Jahres die zentralen Programmziele der Öffentlichkeit vorgestellt, fand sie reges Interesse und große Medienresonanz. Als **Erfolgskriterien für die Umsetzung des Programms**, denen sie sich verpflichtet fühlt, nannte sie:
 - **Vertrauen:**
„Ich will Menschen unterstützen, die sich für Demokratie und Vielfalt einsetzen“.
 - **Planungssicherheit:**
„Ich will bewährte Strukturen nachhaltig stärken.“
 - **Dialog:**
„Ich bleibe im Gespräch mit den Aktiven vor Ort. Ich will zuhören und ihr Können nutzen“.

Experten-Know-how einholen

- Ein erster Schritt, **um dialogorientiert** in die jetzt beginnende Programm-
arbeit einzusteigen, wurde **in Form eines Expertenratings** getan, dessen
wichtigste Befunde im Rahmen eines Workshops – „Dialogwerkstatt
Demokratie leben!“ am 10. Dezember in Berlin vorgestellt und diskutiert
werden sollen.
- Von Mitte Oktober bis Mitte November wurde mit Persönlichkeiten aus Politik,
Kultur, Wissenschaft, Kirchen, Wirtschaft und Vertretern von Organisationen
und Initiativen intensive **Gespräche über die Ursachen von Extremismus,
Gewalt und Menschenfeindlichkeit** geführt.
- **Das Know-how, die Kritik und die Anregungen** der Gesprächspartner sollen
für den erfolgreichen Start des neuen Bundesprogramms genutzt werden.

Die Gesprächspartner

Für das Expertenrating standen als Gesprächspartner zur Verfügung:

- **Karl-Willi Beck**, Bürgermeister von Wunsiedel
- **Gregor Dietz**, Hessisches Kompetenzzentrum gegen Extremismus
- **Martin Dulig**, Vorsitzender des Netzwerks für Demokratie und Courage
- **Christoph Glaser**, Chief Financial Officer, General Electric Deutschland
- **Herbert Heuss**, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
- **Anetta Kahane**, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung
- **Dr. Martina Köppen**, Katholisches Büro Berlin-Brandenburg
- **Stephan J. Kramer**, American Jewish Committee
- **Hans-Christian Maass**, Volkswagen, Konzernrepräsentanz Berlin
- **Aiman Mazyek**, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland

Die Gesprächspartner

- **Gordian Meyer-Plath**, Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen /
Christina Iskander, Referentin
- **Prof. Kurt Möller**, Hochschule Esslingen
- **Wolfgang Niersbach**, DFB-Präsident
- **Dr. Norbert Reichel**, Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW/
Andrea Schwermer, Referentin KMK
- **Sebastian Reißig**, Aktion Zivilcourage Sachsen
- **Volker Roßocha**, DGB Bundesvorstand
- **Angelika Ribler**, Sportjugend Hessen
- **Gökay Sofuoglu**, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in
Deutschland
- **Dr. Christian Staffa**, Evangelische Akademie Berlin
- **Prof. Andreas Zick**, Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und
Gewaltforschung Bielefeld

Einschätzung der aktuellen Lage

Unübersichtliche Gemengelage

- Die aktuelle Lage erscheint vielen Experten eher unübersichtlich. **Niemand weiß genau**, wie stark antidemokratische und menschenfeindliche Gruppierungen zurzeit sind.
- Die meisten gehen jedoch davon aus, dass es in Deutschland ein rechtsextremes, extrem **ausländerfeindlich Potenzial in der Größenordnung von 20%** gibt.
- Rechtsextreme Deutungsmuster und Orientierungen finden sich keineswegs nur bei jungen Menschen, sondern **in allen Altersgruppen**: „Abgehängte“ Bevölkerungsgruppen wie Hartz-IV-Empfänger sind dafür nicht anfälliger als etwa Facharbeiter.

Populismus ist populär

- **Alarmierend:** In aktuellen Umfragen gibt es Zustimmungswerte von 50 bis 70 Prozent zu eindeutig fremdenfeindlichen Thesen. Auch in der Mitte der Gesellschaft gibt es einen „**Resonanzboden**“ für **demokratiefeindliche Tendenzen**.

„Wir haben einen Bodensatz von Gewaltbereiten und tatsächlich Extremistischen. Doch langfristig ist das Schwierigere - denn das kann leicht kippen - was in der Mitte der Gesellschaft an Populismus und antidemokratischen Thesen populär ist.“

„Quantitativer Rückgang bei qualitativer Drastik“

- Den **Verfassungsschutzberichten zufolge** ist ein quantitativer Rückgang des Personenpotenzials in der rechtsextremen Szene festzustellen, was auch seitens der Wissenschaft so beobachtet wird.
- Gleichzeitig gibt es jedoch eine **qualitative Verschärfung des Problems**, denn 40 bis 50 Prozent dieser Personen sind gewaltbereit, wenn nicht sogar gewalttätig.
- Die Straftaten im kriminellen Rechtsextremismus haben sich auf einem sehr hohen Niveau von etwa 13.000 pro Jahr verfestigt. Das ist **ein Vielfaches** dessen, was Ende der 80er Jahre in Westdeutschland registriert wurde.

Die rechte Szene wird diffuser und flexibler

„Das wabert sozusagen, sie tauchen mal hier und mal da auf, die **Entwicklungen sind rapide im Wandel** begriffen. Weil man oft kein richtiges Mitgliedsbuch mehr hat, kann man es nicht mehr so eindeutig Parteien zuordnen. Dadurch ist die Problematik auch in der Öffentlichkeit nicht mehr so leicht skandalisierbar.“

„Die neuen **sozialen Medien bringen die Leute leichter zusammen**. Die Explosion einer Facebook-Seite - das habe ich persönlich noch nie so erlebt. Es werden dort Diskussionen geführt, die sind echt unterirdisch, z.T. von ganz normaler Bevölkerung, das sind keine Nazi-Trolle.“

„In Deutschland hat man Gewalt immer abgelehnt, aber inzwischen **entwickelt sich ein Verständnis für Gewalt**, für rechtsradikale Gewalt, und zwar gerade bei älteren Menschen.“

Gewaltexzesse als neue Dimension

- Fanprojekte bei verschiedenen Bundesligavereinen haben immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass **organisierte Rechtsextreme in der Hooliganszene** rekrutieren. Es ist also nicht neu, dass Hooligans rechtsextrem orientiert sind.
- Die Gewaltexzesse in Köln machen **dennoch eine neue Dimension** des Problems deutlich: Unter dem Vorwand „*Kampf gegen Salafisten*“ rotten sich ausländerfeindliche, islamfeindliche, judenfeindliche und rechtsextreme Gewalttäter zusammen, um auf die Polizei loszugehen.
- Mit der Zielsetzung glaubt man, den **vermeintlichen Volkswillen** zu formulieren und erhofft sich, damit positive Resonanz und Akzeptanz in der Bevölkerung zu erzielen - die ja auch nicht völlig ausgeblieben ist!

Grundlegende Menschenverachtung

- **Das Bedrohliche an „HoGeSa“** ist nicht nur die militante Islamfeindlichkeit, die der Bewegung den Namen gibt. Der „Kampf gegen Salafisten“ ist plakativer Ausdruck einer grundlegenden Menschenverachtung, die nicht nur auf der Straße, sondern vor allem auch in sozialen Medien auslebt wird.
- Die Experten gehen einhellig von einer Zuspitzung der Entwicklung aus, und zwar durch die wohl weiter **ansteigenden Flüchtlingsströme** aus den Kriegs- und Krisengebieten.

„Da lösen sich ganze Länder auf wie Irak und Syrien, dadurch wird der Druck im Kessel steigen.“

NPD – nur Spitze des Eisbergs

- Es wäre ein **Kurzschluss**, von dem Nicht-Einzug der NPD in einige Länderparlamente auf eine Reduzierung der Problematik zu schließen. Menschen mit rechtsextremen Einstellungen wählen nur zu einem geringen Anteil rechtsextrem : **50 bis 75 Prozent wählen CDU, CSU oder SPD.**

*„Rechtsextreme in Länderparlamenten repräsentieren nur eine Spitze des Eisbergs, wobei das Bild noch ein Euphemismus ist. Die Eisbergmetapher ist eigentlich schönfärberisch, denn das, was das Schiff der Demokratie zum Schlingern bringt, ist die **Massivität des Eisbergs unter der Oberfläche.**“*

- Die meisten **Experten sind gegen ein NPD-Verbot.** Dadurch würde die Problematik lediglich weniger wahrnehmbar. Die Eintrittsformulare von Nachfolgeorganisationen liegen ohnehin schon in der Schublade.

Die AfD macht rechtsextremes Denken salonfähig

- **Der Erfolg der AfD** hat dazu geführt, dass Menschen rechtsextreme Äußerungen machen können, ohne deshalb das Gefühl zu haben, ein Nazi oder Rechtsextremer zu sein. Dass die AfD quasi aus dem Stand in Länderparlamente einziehen konnte, gilt den Experten als weiterer Beweis für "*radikale mittige Denkformen*".

*„Das ist die eigentlich gefährliche Entwicklung: Die AfD ist eine rechte Partei, **sie holt die Leute ab**, die diese Ressentiments haben. Damit findet jetzt eine rechtsextreme Einstellung eine politische Plattform.“*

- Die AfD hat zu einer **Verunsicherung in Bezug auf die Protestformen** geführt: Weder kann man einen Stand dieser Partei räumen, wie das etwa bei der NPD denkbar ist, noch kann man deren Versammlungsräume verbieten oder blockieren.

Kollektives Gewissen in Auflösung

- Im Deutschen Bundestag gab es **noch nie eine rechtsextreme Partei**. Deutschland wurde bislang von seiner Geschichte vor der NPD im Bundesparlament geschützt. Dieses kollektive Gewissen droht jedoch wegzubrechen.
- In Frankreich, Belgien und den Niederlanden, selbst in Skandinavien erringen die Rechten 10 bis 15 Prozent. In Ungarn, generell in Osteuropa gibt es ebenfalls starke rechtsextreme Gruppen. Der **internationale Austausch funktioniert**, aktuell wird das gemeinsame Vorgehen gegen Salafisten diskutiert.

Neuer Antisemitismus ?

„Neuer Antisemitismus“ ist nicht neu

- Bereits in den 90er Jahren versuchten muslimische Gruppen, mit entsprechenden Parolen Anschluss an latenten Antisemitismus bei deutschen Arbeitskollegen zu finden. Bestimmte antisemitische Formen der Israelkritik sind **seit langem mehrheitsfähig**.
- Antisemitismus bei muslimischen Jugendlichen ist deshalb nicht neu, in seinen aktuellen Äußerungsformen allerdings alarmierend. Im Kontext mit dem jüngsten Israel-Palästina-Konflikt wird er **aggressiv nach außen getragen**. In bestimmten Moscheevereinen werden junge Muslime mit antisemitischer Propaganda konfrontiert.

„‘Du Jude’ ist mittlerweile ein gängiges Schimpfwort auf den Schulhöfen.“

Neu ist die Qualität von Antisemitismus

- Der **Zentralrat der Juden** verzeichnet eine neue Qualität von Antisemitismus, und zwar auch des nicht-muslimischen: Die Gewaltbereitschaft gegen Sachen und Menschen nimmt dramatisch zu.
- In Abhängigkeit von der Entwicklung im Nahen Osten gab es immer Wellen von Antisemitismus, seit dem letzten Sommer gab es jedoch in allen europäischen Hauptstädten pro-palästinensische Demonstrationen.

*„Wir stellen eine **zunehmende Enthemmung** fest, was den Antisemitismus angeht, und zwar interessanter Weise sowohl von Links, als auch von Rechts, aus der Mitte der Gesellschaft, und auch von jungen, radikalisierten Muslimen.“*

Ursachen rechtsextremen Denkens

Das Trugbild von der „schützenden Heimat“

- Als Reaktion auf die Globalisierung und die zunehmende Komplexität von gesellschaftlichen Prozessen sind **zwei Bewältigungsmuster** typisch:
 - Der **Rückzug aufs Lokale und zugleich Nationale**, auf die vermeintlich „schützende Heimat“
 - Die Reduktion der verwirrenden Komplexität durch „**einfache**“ **Erklärungen**, wie sie rechtsextremes Gedankengut anbietet.

*„Es gibt die **Suche nach der heilen Welt**, die es zwar nicht gibt, vielleicht als Illusion, die aber rechte Parteien bedienen. Das ist auch der Grund, warum die AfD so stark ist. Das ist eine Illusionspartei.“*

Angst vor Zuwanderung

- Zuwanderung erweckt oft Ängste. Nicht zuletzt auch bei Ostdeutschen, die an dieses Phänomen nicht gewöhnt waren. Die Experten raten, **diese Ängste ernst zu nehmen**. Es wäre falsch und problematisch, derart verunsicherte Menschen pauschal in die „rechte Ecke“ zu stellen.

„Man muss auch mal Ängste zulassen, man darf diejenigen, die Ängste vor einem Asylbewerberheim haben, nicht kriminalisieren und zu Nazis abstempeln.“

- **Anschwellende Flüchtlingsströme** können aber andererseits durchaus eine Radikalisierung dieser Ängstlichen zur Folge haben - auch als „Trotzreaktion“ auf eine pauschale Stigmatisierung als „Rechtsextreme“.

Ausgrenzung und Desintegration

- Auch wenn sich die Experten einig sind, dass rechtsextremes Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft entsteht, tragen gleichwohl Erfahrungen des Scheiterns sowie Ausgrenzungserlebnisse zur Übernahme extremer Orientierungen bei.

„Es gibt Erfahrungen des Scheitern in Ausbildung und Beruf, fehlende Wertschätzung von Seiten bestimmter Gruppen, fehlendes Wir-Gefühl, da ist es dann Zufall, ob da jetzt ein Rechter um die Ecke kommt oder ein Salafist.“

- Dies gilt gerade auch für junge Muslime der zweiten oder dritten Generation, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind und nun ausbrechen und als Dschihadisten nach Syrien gehen. Diese Entwicklung kann nur als Scheitern der Integration in unsere Gesellschaft verstanden werden.

Präventionsarbeit

Schwerpunkt politische Bildung und Aufklärung

- Ein großer Teil der Präventionsarbeit besteht aus politischer Bildung und Aufklärung. In Workshops und Vorträgen erlernen die Teilnehmer **Argumentationsmuster gegen rechtsextremes Gedankengut** und werden **zu Zivilcourage ermuntert**.
- Zielgruppen der Präventionsarbeit sind **primär junge Menschen** in den Schulen, in Sportvereinen, in Jugendclubs und in den Kirchen. Daneben gilt es aber **auch Multiplikatoren** zu schulen und die Behörden zu sensibilisieren.
- Es gibt eine **Vielzahl von Initiativen**, die an und mit Schulen arbeiten: "Demokratisch handeln", "Jugend debattiert", "Schule ohne Rassismus", "Schule mit Courage", etc.

„Optimisten am Rande des Abgrunds“

- Es wird allerdings eingeräumt, dass man **gewaltbereite Rechtsextreme mit politischer Bildung nicht erreicht**. Man kann nur im Vorfeld präventive Angebote machen. Vor regelrechten Nazi-Kadern kapitulieren also die meisten politischen Bildner und räumen ihre Hilflosigkeit ein.

„Politische Bildner sind professionelle Optimisten am Rande des Abgrunds.“

- Die praktizierte **politische Bildung gilt manchen als reformbedürftig**. Sie sei in Teilen verkrustet und nicht mehr zeitgemäß. Auch das Lehrpersonal sei häufig überaltert. Damit werde sie weder der Globalisierung noch der Digitalisierung gerecht.

Langfristige Zielsetzungen

- Die zahlreichen Modellprojekte und Initiativen beziehen sich in der Regel nicht auf aktuelles gesellschaftliches Geschehen, sondern zielen auf eine langfristige gesellschaftliche Entwicklung, die **Gesellschaft zukunftsfähig** macht für globalisierte Lebensverhältnisse und deren Folgen.

„Wir wollen den Boden für die Nazis austrocknen. Wir müssen uns über unsere Geschichte als Dominanzkultur klar werden und Privilegien abgeben.“

Im Verein gegenseitigen Respekt lernen

- Gerade **im Sport gibt viele Projekte**, die mit geringen Mitteln und ohne die einschlägigen Labels („Für Demokratie“ oder „Gegen Rechtsextremismus“) Kommunikation, Engagement und Beteiligung von Jugendlichen stärken, gegenseitigen Respekt und Anerkennung fördern. **Die Einbeziehung von migrantischen Jugendlichen** geschieht dabei ganz selbstverständlich.
- Der Fokus dieser Projekte ist nicht der kognitive Ansatz wie in der politischen Bildung, sondern eine **Stärkung der zivilgesellschaftlichen Kompetenzen** in der täglichen Vereinsroutine.

„Mit den Menschen reden, Projekte aufsetzen, wo sie erklären müssen, wofür sie im Verein stehen, wer alles mitmachen soll, was Vielfalt bedeutet. Wir machen auch Gewaltprävention, aber wir nennen es lieber Konfliktmanagement, denn Gewalt ist nur ein Mittel, Konflikte auszutragen.“

Vielfalt und Teilhabe

- Vielfalt, Teilhabe und Gleichwertigkeit gelten vielen Experten als **zentrale Begriffe der Prävention**. Vielfalt ist auf der Bewusstseinssebene meist vorhanden und akzeptiert, sie spiegelt sich allerdings noch nicht in jedem Einzelnen wider.
- Teilhabe muss gefördert werden, indem man Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund Hilfen bietet, einen **Zugang zu Gesellschaft, Kultur und Politik** zu finden. Gleichwertigkeit wird diskursiv und praktisch erarbeitet.

Erfahrungen statt Belehrungen

- Einige Experten halten politische Bildung **nicht für zielführend in der Prävention**, da sie zu stark auf das Kognitive und zu wenig auf das Emotional-Sinnliche bezogen ist.
- Sie zitieren **Wilhelm Heitmeyer** mit seinem Diktum: Belehrungen kommen gegen Erfahrungen nicht an, es kommen nur Erfahrungen gegen Erfahrungen an.

„Wir müssen Jugendlichen in der Phase der Orientierung und der politischen Meinungsbildung Kontroll- und Integrationserfahrungen vermitteln, sinnliche Erlebnisse vermitteln, Alternativen aufzeigen.“

Muslimische Präventionsarbeit

- **Die Vertreter der Muslime** in Deutschland betreiben ebenfalls Prävention, auch im Sinne von Aufklärungsdidaktik.
- Sie **qualifizieren Imame und Vorstände** zusammen mit den Moscheeträgern, die auch für muslimischen Antisemitismus sensibilisiert werden sollen.
- Außerdem wollen sie erreichen, dass die Opfer- und Ausstiegsberatungen auch **mit den muslimischen Communities zusammenarbeiten**.

Bewertung des neuen Bundesprogramms

Lob für das neue Bundesprogramm

- Das neue Bundesprogramm „Demokratie leben!“ bietet jetzt die Möglichkeit, **nachhaltige Strukturen in der Zivilgesellschaft** zu etablieren, und zwar bei der
 - Opferberatung und dem Opferschutz
 - Beratung von Kommunen bzw. Bürgermeistern als Vorbilder
 - Ausbildung von Multiplikatoren in der Jugendarbeit und den Schulen
 - Unterstützung von Aussteigerprogrammen sowie bei der
 - Förderung interkultureller Kompetenz in den Betrieben

Nachhaltigkeit als Pluspunkt

- Die **Professionalität der Arbeit** in den Modellprojekten und der Träger wird sichergestellt. Sie müssen nicht von Jahr zu Jahr um ihre Jobs bangen und deshalb vielleicht entmutigt aufgeben.

„Es ist ja eine schwere Arbeit, die nicht nur mit ehrenamtlicher Herzlichkeit, sondern auch mit viel Professionalität gemacht werden muss. Sie sind immer noch zu schlecht bezahlt für das, was sie tun.“

Auf dem richtigen Weg

- Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus sensibilisiert nicht nur oberflächlich für die Bedeutung von Symbolen und Codes, sondern versucht, **Beteiligungsprozesse anzuregen und zu etablieren**. Dies dauert aber seine Zeit und erfordert kontinuierliche Arbeit, bis diese demokratischen Prozesse zur Kultur und damit zur Selbstverständlichkeit werden.

„Das Bundesprogramm ist erfreulicherweise auf dem Weg von der Projektitis zur Institutionalisierung.“

„Die Projekte sind ja lernende Projekte, man muss die Kontinuität sehen.“

„Das, was wir tun, ist ein Marathon und kein Sprint auf 200 Meter.“

Beifall von der Wissenschaft

- Seitens der Wissenschaft kommt Beifall dafür, dass...
 - „**Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit**“, ein Ansatz aus der Grundlagenforschung, in das Programm aufgenommen wurde
 - **Wissenschaft-Praxis-Kooperationen** intensiviert werden sollen.

„Eine enge Verzahnung ist für beide Seiten sehr bereichernd. Die Wissenschaft lernt, die richtigen Fragen zu stellen, die richtigen Adressaten mit der richtigen Methodik anzusprechen. Das ist sehr produktiv.“

Nachhaltigkeit oberstes Gebot

- Zunächst muss mit dem Geld für eine nachhaltige Finanzierung von Projekten und Netzwerken gesorgt werden, **für verlässliche Strukturen**, die bei Problemen ad hoc aktiviert werden können.
- Der Rechtsextremismus ist **ein strukturelles Problem**, der weder nur konjunkturelle, ereignisbedingte Aufmerksamkeit erfordert, noch parteipolitisch instrumentalisiert werden darf.

„Antidiskriminierung darf nicht projektbezogen sein, das muss eine fest installierte Einrichtung sein. Ich denke, Frau Schwesig geht in diese Richtung. Sie versucht, die Gesellschaft mitzunehmen.“

Das Programm dauerhaft etablieren

- Man sollte das **Programm als Stiftung etablieren** oder auf eine gesetzliche Grundlage stellen, damit man nicht mit jeder Legislaturperiode von neuem verhandeln muss, sondern von gesicherten Grundlagen ausgehen kann. Der Kinder- und Jugendplan als Rechtsgrundlage wird in dieser Hinsicht eher skeptisch bewertet.
- Es muss darüber hinaus sichergestellt werden, dass **nicht nur die großen Träger bedient werden**, sondern dass auch lokale Initiativen, die sich erfolgreich engagiert haben, zum Zuge kommen.

„Wenn der Anspruch, zu verstetigen und Strukturen zu bilden, dazu führt, dass die Kompetenz der kleinen Träger wegbricht, dann ist das problematisch.“

Zweifel an landesweiten Beratungsnetzen

- Insbesondere **die lokalen Aktionspläne** bzw. im neuen Programm die lokalen Handlungspläne für Demokratie finden großen Beifall, weil sie sich bewährt haben. Dagegen **wird bezweifelt, dass die landesweiten Beratungsnetze** gut funktionieren werden, da hier wiederum die großen Träger in den Fokus gerückt werden.

„Ich weiß nicht, ob das das richtige Setting ist. Die Leute in der Verwaltung haben keine Zeit, fraglich, ob die Politik da mitzieht.“

- Auch die **Demokratiezentren**, die sich bislang auf Rechtsextremismus konzentrierten, **werden skeptisch beurteilt**. Es wird vermutet, dass sie mit religiös motiviertem Extremismus überfordert und letztlich auch mit zu wenigen Kompetenzen ausgestattet sind.

Sinnvolle Abkehr vom Toleranz-Konzept

- Die Vertreter der **Muslimen begrüßen den Titel des neuen Programms**. Sie versuchen, in ihren türkischen Gemeinden Projekte zu entwickeln, die gerade Jugendlichen vermitteln, wie Demokratie erfahrbar gemacht werden kann.
- Dem Toleranzbegriff des Vorgängerprogramms „Toleranz fördern“ begegnen sie eher mit Vorbehalten. **Toleranz impliziert wesentlich Ungleichheit**: Es gibt jemanden, der toleriert und jemanden, der toleriert wird.

„Toleranz ist für mich ein diskriminierender Begriff. Das ist nicht Konfrontation auf Augenhöhe. Deshalb ist dieser Ausgangspunkt falsch.“

Enge Kooperation von Wissenschaft und Praxis

- Eine Reihe von Experten mahnt an, dass **mehr auf Evaluierung** geachtet werden müsse, gerade angesichts einer längeren Förderdauer der Projekte, Träger und Initiativen.

„Evaluierung bedeutet eine engere Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft und nicht Kontrolle der Praxis. Dazu braucht es gegenseitiges Vertrauen, das sich nur in längerfristiger, gemeinsamer Arbeit herausbilden kann.“

- Last but not least: Das **stattliche Verwaltungs-Budget** von 2,5 Millionen weckt Befürchtungen, es könnte ein überdimensionierter, kontraproduktiver *„Verwaltungswasserkopf“* aufgebaut werden.

Vielen Dank.

Ulrich Becker
Beratung
Schumannstraße 9
D-10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 920 383-3002
Mobil +49 (0)160 7000 870
E-Mail ub-berlin@online.de